

Verrechtlichungsgrad, die Flexibilität und die bürokratischen Ressourcen, und acht exogene Faktoren wie „Problemattribute“, die ökonomische Stabilität und biophysische Veränderungen (15) auf, deren spezifische Konfiguration die Regimeentwicklung determiniere. Diese These ist breit genug gehalten, um durchweg bestätigt zu werden. Wohlgemerkt betont der Autor selbst, dass es sich um eine explorative und keine hypothesentestende Arbeit handelt – deren Stärke eindeutig in der empirischen Sättigung und historischen Komplexität der Fallstudienkapitel liegt. Um den analytischen Beitrag der Theorie komplexer Systeme für die Untersuchung von Regimewandel zu untermauern, bedarf es allerdings noch einiger begrifflicher Übersetzung und Schärfung.

Zugleich scheinen gerade Youngs vielfältige Beobachtungen zur kanalisierenden Rolle starrer Regime-Regeln und Prozeduren sehr gut anschlussfähig zu sein an jüngere Arbeiten in der Tradition des Historischen Institutionismus (HI). Autoren wie Kathleen Thelen, James Mahoney und Wolfgang Streeck haben jüngst einflussreiche Konzepte und Hypothesen zum graduellen Institutionenwandel vorgelegt, die den Youngschen ähneln – etwa der Begriff der „conversion“ als Pendant zu Youngs „diversion“. Auch der Fokus auf die Flexibilität von Regeln als endogene Bedingung künftiger Anpassungen ist eine wesentliche Schnittstelle beider Literaturen. Künftige Arbeiten zu institutionellen Dynamiken in der Weltpolitik könnten die IB- und die HI-Literatur Youngs Vorlage folgend fruchtbar verbinden.

Tine Hanrieder

Derichs, Claudia und Mark R. Thompson (Hrsg.). *Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Gender, Power and Pedigree*. Berlin. LIT Verlag 2013. 388 Seiten. 44,90 €.

Der von *Claudia Derichs* und *Mark R. Thompson* herausgegebene Sammelband präsentiert die Ergebnisse eines in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführten und von der DFG geförderten Forschungsprojekts über Frauen in politischen Führungspositionen in ausgewählten asiatischen Staaten. Grundlage der komparativ ausgerichteten empirischen Studie bilden Feldforschungen von RegionalexpertInnen, die Interviews mit den führenden Politikerinnen selbst und ihren inneren Machtzirkeln einschließen.

Ausgangspunkt des Forschungsinteresses ist das augenfällige Phänomen, dass in diesen Gesellschaften, die weithin als besonders patriarchal gelten, bereits seit den 1960er Jahren etliche Frauen in politische Spitzenämter und Führungsrollen gelangt sind. So wurde 1960 Sirimavo Bandaranaike in Sri Lanka zur ersten weiblichen Staatschefin gewählt. Es folgten Frauen als politische Führungspersönlichkeiten in einer Reihe von kulturell, systemisch und entwicklungsperspektivisch durchaus heterogenen Staaten wie Indien, Pakistan, Indonesien, Bangladesh, den Philippinen, Burma, Malaysia, Südkorea und Thailand.

Gemeinsam ist diesen Präsidentinnen, Parteiführerinnen und Oppositionspolitikerinnen ein für den politischen Aufstieg entscheidender familiendynastischer Hintergrund. Sie erreichten politische Prominenz als Witwen, Ehefrauen oder Töchter von ermordeten oder inhaftierten männlichen Spitzenpolitikern. Die Beiträge des Sammel-

bandes suchen nun in länderspezifischen gendersensiblen Fallstudien die Frage zu erhellen, weshalb ausdrücklich jeweils Frauen dazu auserkoren wurden, dem politischen Machtan spruch der jeweiligen Familiendynastie fortdauernd Geltung zu verleihen, obwohl männliche Verwandte als rivalisierende Mitbewerber existierten.

Im Einführungskapitel skizzieren *Derichs* und *Thompson* theorieorientierte Überlegungen, die dazu beitragen sollen, das „Rätsel“ weiblicher politischer Führung in Asien zu lösen. Demnach vermochten es „Asiens führende Frauen“, in politischen und gesellschaftlichen Krisensituationen klassische Genderstereotype im Interesse ihres Aufstiegs zu nutzen. Zum einen erschienen sie als Frauen, die als das „schwächere Geschlecht“ wahrgenommen wurden, für männliche Rivalen weniger bedrohlich und leichter manipulierbar. Zudem wurden sie oftmals in führende Positionen gerufen, wenn männliche Politiker diskreditiert und stattdessen integer erscheinende Alternativen gefragt waren. Indem ihre „private“ Rolle als „Mutter“ oder „Schwester“ auf den politischen Bereich übertragen wurde, mobilisierten sie in der leidenden Nation Hoffnungen auf eine uneigennützige und aufopferungsvolle politische Führung. Mit einem genderspezifisch ausgeprägten „moralischen Kapital“ erklären *Derichs* und *Thompson* das Paradox, dass die Witwen und Töchter, die die politische Nachfolge ihrer ermordeten Ehemänner oder Vätern antreten, als Verfechterinnen des Gemeinwohls wahrgenommen werden, obwohl sie Dynastien entstammen, die für eine eigennützige Verfolgung ihrer Partikularinteressen bekannt sind.

Die erste Fallstudie von *Dagmar Hellmann-Rajanayagam* widmet sich den politischen Biographien der beiden Frauen, die zu Pionierinnen für politische Spitzenämter in Asien wurden. Kurz eingegangen wird auf Sirima Bandaranaike, die in der Nachfolge ihres ermordeten Mannes durch ihre Entschlossenheit und ihren Machtwille rasch das Image der „weinenden Witwe“ transzendierte. Sowohl Bandaranaike als auch Indira Gandhi, auf die sich das Kapitel konzentriert, widerlegten im Zuge ihres Aufstiegs zur Macht genderspezifische Stereotype von weiblicher Schwäche und Manipulierbarkeit. Gleichzeitig betont *Hellmann-Rajanayagam*, dass Indira Gandhis politische Leistungen und Fehlschläge immer wieder genderspezifisch wahrgenommen und bewertet wurden.

„Schwester ihres Volkes?“ fragt *Andrea Fleschenberg* kritisch in ihrem Beitrag zum politischen Werdegang Benazir Bhuttos, der ersten muslimischen Premierministerin weltweit, die in Pakistan das politische Erbe ihres ermordeten Vaters antrat und selbst während einer Wahlkampagne 2007 Opfer eines Attentats wurde. Zur Erklärung der politischen Karriere Benazir Bhuttos in einem für Gleichstellung und politische Partizipation von Frauen extrem restriktiven Umfeld wird darauf verwiesen, dass ihre Herkunft aus einer einflussreichen Großgrundbesitzer-Familie und die Zugehörigkeit zur sozialen Oberschicht gleichsam ihren „Gender-Nachteil“ aufwog; mit anderen Worten: „class trumps gender“.

In ihrer Fallstudie zu Bangladesh beschreibt *Ricarda Gerlach* die langjährige erbitterte politische Rivalität zweier führender Politikerinnen, die die beiden großen Politikdynastien des Landes repräsentieren: Während Sheikh

Hasina 1981 das politische Erbe ihres ermordeten Vaters, des ersten Premierministers des Landes und Chefs der säkular orientierten, eher links gerichteten Awami League antrat, übernahm Khaleda Zia nach der Ermordung ihres Mannes die Führung der konservativen, religiös orientierten oppositionellen Bangladesh Nationalist Party. Seit Jahrzehnten wechseln sich die beiden Parteichefinnen im Amt der Premierministerin ab.

*Mark R. Thompsons* Beitrag widmet sich dem Werdegang und der Gegnerschaft zweier Repräsentantinnen philippinischer politischer Dynastien, Corazon C. Aquino und Gloria Macapagal Arroyo. Beide kamen durch Massenbewegungen an die Macht; für den Aufstieg beider Frauen war ihr genderspezifisch akzentuiertes moralisches Kapital bedeutsam, mit dem sie sich als integre Antithese zu ihren korrupten Vorgängern legitimierten. Keine von beiden erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen. Beiden wurde vorgeworfen, sich in ihrem Regierungshandeln mehr um die Begünstigung ihrer Familienclans als um das Wohl der Nation zu bemühen. Dynastische Politik im Interesse von Selbstprivilegierung und Machterhalt siegte – nicht wirklich überraschend – über vorgeblich selbstlose „weibliche“ Moral.

Im fünften Kapitel porträtiert *Andrea Fleschenberg* einfühlsam Aung San Suu Kyi, die Tochter von Burmas ermordetem Nationalhelden Ang San, und zeigt, wie sich eine unpolitische Tochter aus einer politischen Dynastie zur charismatischen und eigenständigen politischen Führungspersönlichkeit entwickelt.

Mit dem politischen Werdegang und der Regierungsbilanz von Megawati Sukarnoputri, der ersten Frau, die in Indonesien ins höchste Staatsamt ge-

langte, befasst sich ein weiterer Beitrag von *Ricarda Gerlach*. In der Karriere der Tochter von Indonesiens Unabhängigkeitshelden Sukarno wiederholt sich ein bekanntes Muster: dem politischen Aufstieg mittels beachtlichen politischen und moralischen Kapitals und dem Image als „Stimme der Armen“ folgte die Präsidentschaft mit einer Realpolitik im Interesse der indonesischen Elite und des Machterhalts.

*Claudia Derichs* untersucht die politische Rolle von Malaysias Oppositionsführerin Wan Azizah Ismail. Die Ehefrau des früheren Vizepremierministers Anwar Ibrahim wurde zur Stimme, Identifikations- und Integrationsfigur der Opposition, nachdem ihr Mann, Anwar Ibrahim, unter weithin als ungerecht und ehrenrührig empfundenen Vorwürfen aus seinem Amt entlassen und inhaftiert worden war. Nach Anwar Ibrahims Rückkehr auf die politische Bühne zog Wan Azizah Ismail sich ihrem Rollenverständnis gemäß, wonach sie in erster Linie Mutter und Ehefrau sei, aus der „ersten Reihe“ der Politik zurück.

In zwei weiteren Kapiteln widmet sich *Momoyo Hüstebeck* den Töchtern zweier prominenter Spitzenpolitiker Ostasiens. Sie porträtiert die zeitweilige Außenministerin Japans, Tanaka Makiko, deren Vater Tanaka Kakuei 1974 als Premierminister infolge eines Korruptionsskandals zurückgetreten war, sowie Südkoreas Präsidentin Park Geun-hye, deren 1979 ermordeter Vater Park Chung-hye das Land langjährig entwicklungsdictatorisch regiert hatte. Ungeachtet der hohen Bedeutung, die das dynastische Erbe für den Aufstieg beider Frauen spielte, wird ihnen die Entwicklung eines eigenständigen politischen Profils zugesprochen.

Insgesamt besteht das Verdienst des Sammelbandes darin, den politischen Werdegang prominenter asiatischer Spitzenpolitikerinnen in genderspezifischer Perspektive zu beleuchten und verallgemeinerbare Schlüsse zu ziehen. Mittels einer komparativen Betrachtung des in den Einzelstudien vorgelegten aufschlussreichen empirischen Materials gelingt es, Bestimmungsfaktoren und Muster herauszuarbeiten, die im Karriereverlauf der Protagonistinnen durchgängig wirksam sind. Die Herkunft aus einer politischen Dynastie und die Zugehörigkeit zur Elite des jeweiligen Landes verbunden mit dem entsprechenden sozialen und kulturellen Kapital kompensiert beziehungsweise tilgt gleichsam den für Frauen geltenden ‚Gender-Nachteil‘ in den ausgewählten patriarchalen Gesellschaften. Dies ist keine wirklich überraschende Erkenntnis, ebenso wenig wie der Umstand, dass Frauen an der Macht die herrschenden Strukturen nicht transzendieren und sich nicht qua Geschlecht für eine demokratischere, sozialere oder frauenfreundlichere Politik stark machen. Jenseits des empirisch überzeugend belegten, ernüchternden Befundes, dass die im Fokus stehenden Frauen weithin „wie traditionelle Politiker in Röcken“ agieren, mögen sie dennoch für nicht wenige Frauen und Mädchen in ihren Gesellschaften als inspirierende Rollenvorbilder wirken. Dass die Beiträge des Sammelbandes erst im Jahr 2013 in englischer Sprache veröffentlicht werden, nachdem bereits 2005 Ergebnisse des DFG-Projekts in den Passauer Beiträgen zur Südostasienkunde publiziert wurden, stellt im Hinblick auf die Aktualität der Fallbeispiele teilweise ein gewisses Problem dar, ist aber vermutlich den oftmals komplizierten wissenschaftlichen Publi-

kationsbedingungen geschuldet. Gleichwohl ist es erfreulich und nützlich, dass die gewonnenen Erkenntnisse jetzt international einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Renate Kreile

Kaplan, Stephen B. *Globalization and Austerity Politics in Latin America*. Cambridge. Cambridge University Press 2013. 331 Seiten. 26,99 \$.

Der vorliegende, in der renommierten „Cambridge Studies in Comparative Politics“-Reihe erschienene, Band ist ein typisches Produkt der zeitgenössischen US-amerikanischen Politikwissenschaft und ihres empirisch-analytischen Zugangs. Das Buch basiert auf der 2009 an der Yale University abgeschlossenen Dissertation des Autors, der heute an der George Washington University beschäftigt ist. Als Ausgangspunkt der Arbeit dient eine allgemein formulierte Fragestellung: Vor dem Hintergrund der rapiden Finanzmarktglobalisierung der letzten zwanzig Jahre standen vor allem Entwicklungsländer, speziell in Lateinamerika, vor der Herausforderung einer makroökonomischen Anpassung an vorherrschende neoliberalen Strukturen wie Haushaltsdisziplin und niedrige Inflation. Diese Anpassung erfolgte auch in Staaten, wo linke Regierungen an der Macht waren. Inwiefern war mithin eine solche Austeritätspolitik eine von außen auferlegte Zwangsmaßnahme oder aber ein innenpolitisch gewollter Kurs? Wie so oft liegt die Wahrheit in der Mitte: beide Erklärungen haben ihre Berechtigung, können aber für sich allein genommen keine befriedigende Antwort bieten.